vinetur

Armenien erwägt Gang vor das EAWU-Gericht wegen russischer Importbeschränkungen

Wirtschaftsminister Gevorg Papoyan kündigt Beschwerde an, sollte die Eurasische Wirtschaftskommission Beschränkungen für Brandy, Wein, Agrar- und Milchprodukte nicht aufheben.

Donnerstag, 19. November 2026



Armenien hält sich die Möglichkeit offen, den Handelsstreit mit Russland vor das Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion zu bringen, falls das Exekutivorgan des Staatenbundes Jerewan nicht unterstützt. Das sagte Wirtschaftsminister Gevorg Papoyan am Mittwoch, dem 18. November. Die Regierung versucht, russische Beschränkungen rückgängig zu machen, die eine breite Palette armenischer Exporte treffen.

Vor Journalisten im Parlament sagte Papoyan, Armenien könne das EAWU-Gericht anrufen, falls die Eurasische Wirtschaftskommission, das Regulierungsorgan der Union, nicht zugunsten Armeniens entscheide. Zugleich machte er deutlich, dass Jerewan keine formelle Debatte erzwingen wolle, solange es nicht davon ausgehe, Unterstützung für seine Position gewinnen zu können.

Papoyan sagte, die Regierung arbeite auf eine baldige positive Lösung hin. Seine Äußerungen deuteten darauf hin, dass Armenien weiterhin versucht, die Angelegenheit zunächst über die internen Verfahren des Staatenbundes beizulegen, bevor der Streit vor dessen Gerichtsbarkeit gebracht wird.

Im Mittelpunkt des Streits stehen russische Importbeschränkungen, die Ende April eingeführt und auf einige der wichtigsten Exportkategorien Armeniens ausgeweitet wurden. Russische Behörden begründeten ihr Vorgehen gegen armenische Waren mit Verstößen gegen Hygienevorschriften und Kennzeichnungspflichten, wie armenische Regierungsvertreter und frühere öffentliche Stellungnahmen aus Moskau mitteilten. Betroffen sind Mineralwasser, Brandy, Wein, Schnittblumen, Obst, Gemüse, Fisch, Milchprodukte und weitere Waren.

Für Armeniens Getränkehersteller ist der Druck besonders bedeutsam, da Russland seit Langem ein wichtiger Absatzmarkt für armenischen Brandy, Wein und abgefüllte Getränke ist. Eine länger andauernde Unterbrechung könnte den Absatz beeinträchtigen und die Risiken einer starken Abhängigkeit von einem einzelnen großen Exportmarkt offenlegen – zu einer Zeit, in der politische Spannungen den Handel belasten.

Die Eurasische Wirtschaftskommission sollte ursprünglich am 3. November über Armeniens Beschwerde beraten. Auf Bitte Armeniens wurde die Sitzung um eine Woche verschoben. Auch ein weiteres für den 10. November angesetztes Treffen fand nicht statt; das armenische Wirtschaftsministerium erläuterte die Verzögerung nicht öffentlich.

Papoyans Äußerungen fielen in eine Phase zunehmender politischer Spannungen zwischen Armenien und Russland, die teilweise durch Jerewans engere Beziehungen zur Europäischen Union bedingt sind. Im März 2025 verabschiedete das armenische Parlament ein Gesetz zur Einleitung des EU-Beitrittsprozesses. Damit stellte sich verstärkt die Frage, wie Armenien seine europäischen Ambitionen mit der Mitgliedschaft in der von Moskau geführten EAWU vereinbaren will.

Russische Vertreter, darunter Präsident Wladimir Putin, haben wiederholt erklärt, eine EU-Mitgliedschaft sei mit einem Verbleib in der EAWU unvereinbar. Zu deren Mitgliedern gehören auch Belarus, Kasachstan und Kirgisistan. Moskau hat Armenien aufgefordert, die Bevölkerung in einem Referendum zwischen den beiden Staatenbünden entscheiden zu lassen.

Papoyan widersprach der Vorstellung, Armenien wolle einen Markt durch einen anderen ersetzen. Sein Ziel als Wirtschaftsminister sei es, die armenischen Exporte sowohl in die EU als auch in die EAWU auszubauen. Außerdem sagte er, die armenischen Ausfuhren in die EU seien 2026 stark gestiegen, während die Lieferungen einiger Waren in die EAWU zurückgegangen seien.

Die Europäische Union hat Armenien vor Kurzem vorübergehend zollfreien Zugang für die meisten armenischen Exporte gewährt, darunter auch Agrarprodukte. Das könnte dazu beitragen, einen Teil der durch die russischen Beschränkungen verursachten Verluste abzufedern. Dennoch wäre es kurzfristig schwierig, die russische Nachfrage in Branchen zu ersetzen, deren Marken, Logistik und Vertriebswege auf diesen Markt ausgerichtet sind – insbesondere bei alkoholischen Getränken und anderen Konsumgütern.

Papoyan sagte, er sei weiterhin zuversichtlich, dass Armenien seine Exporte 2027 in mehrere Richtungen steigern und frühere Handelsvolumina mit dem von Russland geführten Staatenbund wieder erreichen werde. Seine Äußerungen signalisierten, dass Jerewan weiterhin auf eine Lösung des Streits ohne einen umfassenderen Bruch innerhalb der EAWU hofft.

Der Minister äußerte sich auch zu Fragen rund um eine abgesagte Arbeitsreise nach Moskau, die für den 18. und 19. November geplant gewesen war. Am Dienstag, dem 17. November, veröffentlichte das Büro von Ministerpräsident Nikol Paschinjan auf dem staatlichen Portal e-gov.am einen offiziellen Beschluss, der Papoyan zu Konsultationen über Handelspolitik und industrielle Prioritäten im Rahmen der EAWU in die russische Hauptstadt entsandte. Dem Beschluss zufolge sollte er binnen drei Tagen nach seiner Rückkehr nach Jerewan Bericht erstatten.

Papoyan sagte, er sei in Armenien geblieben, weil die geplanten Ministerkonsultationen nach dem kurzfristigen Rückzug zweier seiner Amtskollegen ihren Zweck verloren hätten. Die Wirtschaftsminister der EAWU hätten über Zölle und Handelsvorschriften beraten sollen; Armenien habe daraufhin jedoch beschlossen, nicht auf Ministerebene teilzunehmen. Stattdessen sei ein stellvertretender Minister angereist, sagte er.

Der Handelsstreit hat sich zudem vor dem Hintergrund russischer Warnungen im Energiebereich entwickelt. Russische Vertreter haben erklärt, dass Armenien bei einer weiteren Annäherung an die EU-Integration bevorzugte Energiekonditionen verlieren und russisches Erdgas zu Marktpreisen statt zum derzeitigen ermäßigten Preis beziehen könnte. Damit ist ein weiterer Spannungsfaktor zu einer Beziehung hinzugekommen, die bereits durch Differenzen in Sicherheitsfragen, der Regionalpolitik und der wirtschaftlichen Ausrichtung belastet ist.

Vorerst scheint Armenien eine direkte institutionelle Konfrontation vermeiden und sich zugleich alle Möglichkeiten offenhalten zu wollen. Papoyans Äußerungen zeigten, dass Jerewan weiterhin nach einer verhandelten oder administrativen Lösung innerhalb der EAWU sucht, aber bereit ist, den Streit weiterzutragen, falls die russischen Beschränkungen für armenische Waren bestehen bleiben.